



Flugzettel verteilt

Rechtsextreme vor Schulen

VON MICHAEL SCHWARZ, 18.06.08, 21:31h

War der Anschlag auf das Parteibüro der Grünen in Euskirchen nur der Anfang? Als Ende Mai ein Stein samt rechtsradikaler Erläuterungen in das Gebäude flog, nahm der Staatsschutz die Ermittlungen auf.

Euskirchen - Grünen-Ratsherr Guido Bachem erklärte mit Blick auf die zerstörte Scheibe: „Wir werden uns deswegen nicht wegducken.“ Das scheint in Euskirchen auch nötig zu sein. Denn wie in der Ratssitzung am Dienstag deutlich wurde, bilden sich offenbar rechtsextreme Strukturen in der Kreisstadt, die es vor allem auf Jugendliche abgesehen haben. Bürgermeister Dr. Uwe Friedl bestätigte, dass Flugzettel rechtsextremistischen Inhalts im Umfeld von Schulen verteilt worden seien.

Auch der stellvertretende Schulleiter des Emil-Fischer-Gymnasiums, Erich Thiemel, berichtete von solchen Vorfällen: Da aber die Verteiler außerhalb des Schulhofs ihre Pamphlete verteilten, habe die Schulleitung dies nicht verhindern können. Auch im Bereich der beiden Realschulen habe es ähnliche Aktionen gegeben, so Friedl. Thiemel: „Die Geschichts- und Politiklehrer haben aber das Thema sofort im Unterricht aufgegriffen, um die Schüler vor solchen Dingen zu schützen.“ Anlass der Diskussionen im Rat war eine Anfrage der SPD-Fraktion. „Mit großer Sorge“ stellen die Sozialdemokraten fest, dass sich rechtsextreme Strukturen in Euskirchen bilden: Zum einen existiere seit einiger Zeit die Vereinigung „**Freie Nationalisten Euskirchen**“ und im Januar diesen Jahres sei auch der NPD-Ortsverband Euskirchen gegründet worden. Bereits am 24. Mai habe die NPD mit einem Infostand in der Euskirchener Innenstadt für ihre Anliegen zu werben versucht - unter Beobachtung des Euskirchener Ordnungsamtes, wie Bürgermeister Friedl versicherte: Die Auflagen der Stadt an die Aktion seien erfüllt worden, verbotene Zeichen seien nicht gesichtet worden und die vom Amt beobachtete Verteilung sei „nicht progressiv“ gewesen. Ansonsten habe die Stadt keine Handhabe: „Eine Kommune ist beim Verwaltungsgericht untergegangen“, so Friedl. Die NPD ist eben nicht verboten, dennoch würden sowohl Polizei als auch Ordnungsamt das Vorgehen weiterhin beobachten, stellte der Bürgermeister klar.